

## "Supranationale Atombehörde?" in Die Welt (3. Dezember 1955)

**Quelle:** Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 03.12.1955. Hamburg: Die Welt. "Supranationale Atombehörde".

**Urheberrecht:** (c) Die Welt

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/supranationale\\_atombehorde\\_in\\_die\\_welt\\_3\\_dezember\\_1955-de-18480783-847d-4d6f-b134-670dd7c08107.html](http://www.cvce.eu/obj/supranationale_atombehorde_in_die_welt_3_dezember_1955-de-18480783-847d-4d6f-b134-670dd7c08107.html)

**Publication date:** 05/11/2015



## Supranationale Atombehörde?

Thema der Woche

**Zusammenarbeit notwendig  
Aber keinen Zwang anwenden  
Möglichkeiten für freie Entfaltung schaffen**

In der Atomwirtschaft stehen wir schon jetzt vor wichtigen Entscheidungen. Wir wissen zwar noch nicht, wann und wo die ersten Kraftwerke in Westdeutschland gebaut werden sollen, die Energie aus der Kernspaltung gewinnen. Wir haben noch keine klaren Vorstellungen darüber, wie hoch die Kosten für größere Atommeiler sein werden und wie teuer der elektrische Strom werden wird, der mit ihrer Hilfe gewonnen werden kann. Wir können uns auch erst nur vage Vorstellungen davon machen, wie sich der Aufbau einer Atomindustrie auf das übrige Wirtschaftsleben auswirken wird. Dessenungeachtet müssen jedoch bald grundlegende Beschlüsse gefaßt werden, damit klargestellt wird, in der welcher Form bei dem Aufbau der Atomwirtschaft die westeuropäischen Staaten zusammenarbeiten können.

Für manche Politiker in Bonn scheint die Entscheidung bereits gefallen zu sein: Sie setzen sich für den Aufbau einer supranationalen Atombehörde nach dem Vorbild der hohen Behörde der Montanunion ein. Verschiedene Vorgänge könnten fast darauf hindeuten, daß es auch an einigen Regierungsstellen schon eine fest beschlossene Sache sei, die Bundesrepublik an dem Aufbau einer solchen Atombehörde – für die bereits die Bezeichnung „Euratom“ gefunden ist – unbedingt zu beteiligen. Allerdings sind die hiermit zusammenhängenden Fragen, die für die Zukunft der westdeutschen wie der gesamten westeuropäischen Wirtschaft von einschneidender Bedeutung sein werden, noch gar nicht überprüft und noch nicht in ihrer Tragweite bekannt!

Den Politikern geht es darum, unbedingt die Einigung Europas voranzutreiben. Da die Fortschritte auf politischem Gebiet nicht voll befriedigen, das militärische Bündnis einer Untermauerung bedarf, auf kulturellem Gebiet die europäischen Völker nur langsam einander nähergebracht werden können, möchte man einen schnelleren und engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß erzwingen. Man weiß, daß die Wirtschaft aller beteiligten Länder sich für die Zusammenarbeit einsetzt und möchte deshalb so rasch es geht Institutionen schaffen, die in Zukunft jedes isolierte Vorgehen eines einzelnen Staates unmöglich machen. Die wirtschaftlichen Verklammerungen sollen den Völkern Westeuropas die Sicherheit für ihren Zusammenhalt geben, die ihnen die Politik nicht zu bieten vermag. Dies Bestreben, um „jeden Preis“ – den die Wirtschaft der westeuropäischen Länder zu zahlen hätte – die Einigung zu verwirklichen, ist nicht unbedenklich. Denn es kann leicht zu übereilten, unbedachten Schritten führen, die nicht unbedingt auf das erstrebte Ziel einer gesunden, von allen Beteiligten begrüßten Zusammenarbeit zuführen.

Die Politiker verweisen gern auf die Montanunion, gegen die sich vor ihrer Gründung aus der Wirtschaft gleichfalls kritische Stimmen erhoben hätten, die aber jetzt so gut funktioniere, daß sie heute keiner wiederaufgeben wolle. Doch gerade dies Beispiel sollte vor einer ähnlichen Maßnahme im Bereich der Atomwirtschaft warnen. Gewiß wünscht keiner eine Wiederherstellung des Zustands in der westeuropäischen Montanindustrie, wie er vor der Errichtung der Hohen Behörde bestanden hat, aber die Wirtschaftler der Montanunion haben viel Geschick und sehr viel guten Willen aufbringen müssen, um mit dem Instrument, das ihnen die Staatsmänner beschert hatten, brauchbare Arbeit leisten zu können. Es ist wohl überall erkannt worden, daß das Vertragswerk zu starr und unbeweglich gehalten ist und daß zu einer freieren Entfaltung der vorhandenen Kräfte eine größere Elastizität und bessere Gestaltungsmöglichkeit erforderlich wäre.

Der Geltungsbereich der Montanunion erstreckt sich auf alte Gewerbe, deren Struktur und Entwicklungsgesetze wohl bekannt sind. Bei der Atomwirtschaft stehen wir einem völlig neuen Wirtschaftszweig gegenüber, dessen Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten noch völlig unbekannt sind. Hier wäre es ein nie wiedergutzumachender Fehler, wenn man für die künftige Entwicklung jetzt bestimmte Bahnen vorschreiben und dirigierende Organe einsetzen wollte.

Eine enge und gute Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten in der Atomwirtschaft ist unbedingt notwendig. Nur durch einen ständigen Erfahrungsaustausch, gemeinsame Forschung und vielleicht auch durch gemeinschaftlichen Bau größerer Kraftstationen sowie durch eine geschlossene Verbundwirtschaft für die Ausnutzung der gewonnenen Energie kann eine fruchtbare und erfolgversprechende Arbeit geleistet werden. Deshalb ist es erforderlich, daß so schnell wie möglich eine gemeinschaftliche westeuropäische Stelle geschaffen wird, – der man ruhig auch einen Namen wie „Euratom“ geben kann – bei der Erfahrungen, Pläne und praktische Arbeiten gepoolt werden.

Aber es wäre falsch, dieser gemeinschaftlichen Stelle Lenkungsbefugnisse zu geben, weil ja noch gar nicht zu sehen ist, in welcher Richtung sich die Atomwirtschaft entwickeln wird und in welche Bahnen man sie zweckmäßigerweise leiten sollte. Es könnte sich sehr nachteilig auswirken, wenn man den Bereich eines solchen Atompools auf die Mitgliedstaaten der Montanunion beschränken wollte. Denn zum mindesten wäre gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit Großbritannien und Skandinavien notwendig; das heißt, der Pool müßte von vornherein auf den Bereich der OEEC abgestellt sein. Außerdem müßte er so aufgebaut sein, daß er als Ganzes mit Ländern außerhalb der OEEC, vor allem mit den Vereinigten Staaten und Kanada zusammenarbeiten könnte und auch die Zusammenarbeit seiner einzelnen Mitgliedstaaten mit einzelnen Staaten oder Wirtschaftsgruppen außerhalb seines Mitgliedsbereiches nicht beeinträchtigt. Belgien, zum Beispiel, das als wichtigster Lieferant für Uran aus Belgisch-Kongo eine Sonderstellung einnimmt, würde sich kaum einer Regelung unterwerfen, die seine Handlungsfreiheit einengt.

Überhaupt muß in der erstrebten Zusammenarbeit jeder Zwang ausgeschlossen bleiben; zum mindesten so lange, bis die Entwicklungsrichtung des neuen Wirtschaftszweiges besser zu erkennen ist – bis dahin werden aber wohl noch ein, zwei oder mehr Jahrzehnte vergehen. Man sollte die Ausgestaltung des Atompools weitgehend den Wirtschaftlern der beteiligten Länder überlassen. Dann werden sich Resultate ergeben, die sicherlich besser dem Zusammenhalt der europäischen Länder dienen, als wenn durch politisch bedingte Entschlüsse eine unnötige Forcierung versucht wird.